

Pro Modellflug

- Pressemitteilung -



Hamburg, 09. März 2017

„Es liegt im Interesse der Länder, die Verordnung in der vorgelegten Form zu stoppen“

Bundesrat entscheidet über Drogenverordnung - Modellflieger hoffen auf Länderkammer

Morgen blickt Modellflug-Deutschland nach Berlin. Denn wenn sich der Bundesrat zu seiner 954. Sitzung trifft, werden sich die Vertreter der Länder auf Punkt 79 der Tagesordnung mit der von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) vorgelegten „Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten“ beschäftigen. Was für Unbeteiligte nach trockenem Verwaltungsalltag klingt, ist hoch umstritten. Und hätte in der vom Kabinett bereits gebilligten Form gravierende Auswirkung. Für den Modellflug in Deutschland - und für die Bundesländer.

Bereits vor zwei Wochen war die „Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten“ Thema in der Länderkammer. Im Verkehrsausschuss des Bundesrats debattierten die zuständigen Fachpolitiker über die neue Luftverkehrsordnung. Vor allem die vom Ordnungsgeber geforderte Ausnahmeerlaubnis, um außerhalb von Modellfluggeländen mit spezieller Aufstiegserlaubnis künftig weiterhin mit Flugmodellen in Sport und Freizeit höher als 100 Meter fliegen zu dürfen, wurde dabei deutlich kritisiert. Denn diese wäre sowohl für die zuständigen Behörden als auch hunderttausende Modellflieger in Deutschland gleichbedeutend mit einem ausufernden, völlig unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand.

„Wie die Landesluftfahrtbehörden mehrere 10.000 zusätzliche Anträge in angemessener Zeit bearbeiten sollten, ist aus unserer Sicht völlig ungeklärt“, so Hans Schwägerl, Präsident des Deutschen Modellflieger Verbands (DMFV). „Hier will der Bund stillschweigend Kosten und Aufwand in enormer Höhe auf die Länder abwälzen.“ Auf Antrag Nordrhein-Westfalens wurde daher vom Bundesrats-Verkehrsausschuss mit deutlicher Mehrheit eine Empfehlung für die Plenarsitzung am 10. März verabschiedet, der Verordnung nur unter der Maßgabe von substantiellen Veränderungen zuzustimmen. „Es liegt im Interesse der Länder, die Verordnung in der vorgelegten Form zu stoppen“, argumentiert Hans Schwägerl. „Denn die Pläne des Bundesverkehrsministers stellen nicht nur eine unverhältnismäßige sowie existenzielle Gefährdung des privaten Modellflugs dar. Sie bedeuten auch eine Überforderung der Landesluftfahrtbehörden und eine ganz erhebliche Belastung der Länder-Haushalte.“

Kritisch sieht man die vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) erarbeitete Verordnung auch in großen Teilen der Politik. So kritisierte beispielsweise Reinhold Sendker (CDU), stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Verkehrsausschusses, öffentlich die geplante Flughöhenbegrenzung von 100 Metern außerhalb speziell zugelassener Modellflugplätze. Unmittelbar nach der Billigung der Verordnung durch das Bundeskabinett Mitte Januar sprach sich auch Sören Bartol, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag, eindeutig gegen die unverhältnismäßigen Einschränkungen des seit Jahrzehnten sicher und verantwortungsbewusst betriebenen Modellflugs in Deutschland aus, kündigte sozialdemokratischen Widerstand im Bundesrat an.

„Wir haben in den vergangenen Wochen über alle Parteigrenzen hinweg sehr viel Zuspruch und Unterstützung aus der Bundes- und Landespolitik erhalten, die uns Mut machen“, blickt DMFV-Präsident Hans Schwägerl zurück. „Und aufgrund der Beschlussempfehlung des Bundesrats-Verkehrsausschusses hoffen wir, dass die Länderkammer im Sinne von hunderttausenden Modellfliegern in Deutschland entscheiden wird.“

Presse-Kontakt für Rückfragen:

E-Mail: kontakt@pro-modellflug.de

Telefon: 040/42 91 77-0

Internet: www.pro-modellflug.de